

Die humoristische Presse zur Volksabstimmung

Der "Münchner" veröffentlicht heute zur Volksabstimmung folgende Notiz:

Die Stunde des Volksscheides über die Volksabstimmung, die in den letzten Wochen infolge der ablehnenden Haltung der Sozialdemokratie drohte, läuft im Laufe dieses Monats wieder ab und werden. Wie wir wissen, hat die Kommunistische Partei einen neuen Schritt bei der Sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vor, um sie für einen gemeinsamen Antrag zu gewinnen. Sollte ihr etwas ein ablehnender Beschluss gelingen, so ist die SPÖ, enttäuscht, und ist immer auch allein bei der Reichstagswahl den Antrag auf Einleitung eines Wahlschlags einzubringen. Die Regierung wird rasch Entscheidung fordern. Die Kommunisten hoffen, die SPÖ den Wahlschlag erforderlichen 4 Millionen Stimmen auch leicht leicht aufbringen zu können, indem sie wollen, daß ihnen aus der SPÖ und den Gewerkschaften, ja aus dem Lager zwischen gewordener Krise und Wiederaufbau weiterer Zugang erweisen werde.

Inzwischen haben die bekannten positionellen Organisationen, die der Liga für Menschenrechte und dem sozialen Friedenskampf angehören, einen Vorläufigen Antrag zur Regelung der Abstimmung gebildet, der die Majorität gezeigt hat, die Angelegenheit des Volksentscheids mit größter Energie zu betreiben und alle in Betracht kommenden Organisationen dafür zu gewinnen. Es ist charakteristisch, daß sich für diese Gedanken am leidenschaftlichen Senior der Friedensbewegung, der große Professor Dr. Ludwig Quäde, eingesetzt hat.

Zur Beratung der vorbereitenden Versammlungen hat sich jedoch herausgestellt, daß die auf politisch neutralen Boden stehenden linksgerichteten Organisationen, die herangezogen werden sollen, im Prinzip zwar gegen die Auseinandersetzung der Parteien sind, in der Frage des Volksentscheids aber den politischen Parteien, die ihnen nächsten stehen, nicht vorspielen wollen.

Eine solche Kluft ist z. B. von der Bundesleitung des Reichsbanners

gegeben worden, andere, von Sozialisten oder Demokraten nahestehenden Organisationen nahmen eine ähnliche Haltung ein. Hingegen haben sich für den Wahlschlag rücksichtlich die den Kommunisten nahestehenden Organisationen ausgesprochen, allerdings mit der Bedingung, daß für sie nur ein Antrag auf ein Wahlschlag erlaubt sei, der sie gegen die Auseinandersetzung nicht verhindern kann, eine Forderung, der wiederum die pazifistischen Gruppen mit großer Skepsis begegnen.

Ein Vorgehen der Kommunisten nun würde die Sozialdemokratie in eine unangenehme Zwischenmühle bringen. Die von den Kommunisten geforderte restlose Enteignung hat sie bereits verworfen. Andererseits kann sie nicht überleben, daß eine Ablehnung eines neuen kommunistischen Angebots zu gewissemmaßen Vorgehen in ihren eigenen Kreisen viel böses Blut machen würde. Zehnmal soviel durch ihre Partei durch ihre Ausbreitung und durch das ungewölfte Auftreten der Roten des Volksentscheids die Führung verloren.

Der "Morgen-Morgen" ist gespannt, zu unterstützen, daß die SPÖ, die einzige Partei ist, die die Initiative in dieser Angelegenheit ergreift. Die fortlaufenden Füllten dürfen keinen Pfennig erhalten. Dafür Wohnungsbau und Sozialfürsorge. Die Masse an die Arbeit. Schon jetzt Vorbereitung der Massen. Der Wahlschlag muß eine Niederlage der Monarchisten bedeuten.

Die Einigkeit des Proletariats

Woher hängt sie ab?

Das sozialdemokratische Volksblatt in Zwischen betont in seinem Neujahrsgruß mit Recht, daß ohne die Einigkeit des Proletariats der auf den arbeitenden Volkschichten lastende Druck der Entzündung nicht besiegt werden kann, daß über die Rührung innerhalb des Arbeiterbewegung die Voraussetzung für die Einigkeit des Proletariats ist, ohne die der Sozialismus nicht

Meine Flucht

Der polnische Genosse Lejcekowski, der sich illegal in Polen aufzuhalten hat, wurde in Warschau verhaftet. Aber es gelang ihm, der polnischen Justizgefängnis entkommen. Genosse Lejcekowski hat seine Flucht, die vor kurzem stattgefunden hat, mit folgenden Worten.

Die "Offizielle Meinung" Polens empfiehlt sich darüber, daß die Gerichtsbehörden Warschau nicht die nötigen Maßnahmen ergreifen hätten, um meine Flucht zu verhindern. Die Begleitungs von zwei Polizisten, die mich ins Gefängnisbrachte bewachten, wurde mir ungünstig erachtet. Bei der Überführung von Warschau nach Breslau, wo ich ein Jahr lang in Untersuchung gehalten habe, begleiteten mich drei Agenten der Geheimpolizei, mit einem Kommissar an der Spitze. In Warschau sah ich diese Herren in einem Auto, das von einem Polizisten zu Pferde begleitet war.

In der Stelle aktualisierten Berichte, ich hätte den Untersuchungsrichter bestochen usw. Das alles ist natürlich Unsinn. Meine Flucht war die Folge eines Zusammentreffens glücklicher Umstände, wie ich sie nicht einmal erkannt habe.

Am 19. Oktober wurde ich aus dem Prinzipiell aus der Untersuchungshaft freigesetzt. Man erklärte mir, es wäre gefohlen werden, mir festzuhalten. Ich protestierte energisch dagegen.

"Aber dann werden wir Sie mit Gewalt anlegen," antwortete der Polizist.

"Das werden wir erst sehen. Ich werde mich wehren. Liebste kann Sie mich nicht zwingen, mit Ihnen mitzukommen," war meine Antwort.

Nach einer Verhandlung mit den Gefangenbehörden wurde die Frage zu meinen Gunsten entschieden.

Im Gefangenengebäude erwartete uns ein zweiter Polizist, um uns auf dem Rückweg zu begleiten. Die beiden Polizisten lagen im Wartezimmer einige Schritte vor der Tür, die in das Zimmer des Untersuchungsrichters führte. Ich wartete darauf, daß die Reihe an mir kam. Da meinem Kopfe inzwischen allerdings mehr oder weniger phantastische Rückpläne in der Höhe der Tür stand, ich eine andere Tür, die auf die Treppe führte. Doch gleich bewerkte ich zwei militärische Gedanken, die mich mit den Bildern vertraut waren. Das waren Zeugen, die die Identität meines Person bezeugen sollten. Offenbar kann von einer weiteren Aufschaltung meins Intelligenz nicht mehr die Rede sein. Phantastisch wurde ich gerufen.

Im Kabinett des Untersuchungsrichters stand in einem höheren Jugendstrand, den jungen Major S. "Erklären Sie diesen Herrn?" wurde der Major gefragt.

"Ja, das ist Polizeigefangener."

Ich wurde sofort in den "Volksblatt" gelaufen, die Anklage einer Rückerziehung und Einigung bestätigte zu können:

„Gleichfalls das Arbeiterbewegung hat die Aktivität der Kommunisten gegen Tschetschens eingeleitet und auch von der anderen Seite ist ein Anschluss zu fordern.

Nicht nur diese über einer sozialdemokratischen Gemeinschaft, nicht von diesen aber jenen sozialen Schichtung hängt der Sozialismus ab, sondern von der Tat — von dem Umfang, in dem die sozialdemokratische Bewegung im Volke verwurzelt und verwachsen ist. Von einem Tag und ganz Sofort der Sozialdemokratie, die den Arbeitern, die den Funktionären der SPÖ, den Gläubigen an die Sache ihrer Sothe und die Sicherung für ihre Sothe geben.“

Diese Ausführungen des sozialdemokratischen Gewerkschaftsverbandes veranlassen die Schaffung der sozialdemokratischen Arbeit, die in richtiger Schaffung der Kultur Konsolidierung zur Einheit im Volke bringen. Die SPÖ hat oft genug verzerrt, daß sie diese Wirkung ebenfalls will. An den Freiheitlich ist es, sie in den SPÖ-Organisationen durchzusetzen.

Genosse Willi Roth in Plauen von Gewalt ermordet

Gelegentlich einer Demonstration, die die Kommunistische Partei mit dem Roten Frontkämpferbund in der Neujahrsnacht in Plauen veranstaltete, überfielen Hakenkreuzler einen Trupp handelnden Arbeiters und brachten dem Genossen Willi Roth einen schweren Schlag in die Brust bei, daß er kurze Zeit darauf im Krankenhaus starb. Es ist dies der zweite Mordfall auf demonstrierende Arbeiters in den letzten Tagen. Erst kürzlich wurde in Chemnitz ein Arbeiters von Soldaten ermordet.

Die sozialdemokratische Presse lehrt sich den frechen Schwund, der unbekannte Täter habe kein Opfer mit dem Auge, wenn er ein Roter Frontkämpfer wäre, sei ihm nichts gelassen, widergesetzen, um so den Verdacht der Tat auf die Rote Frontkämpfer zu bauen. Die Arbeiterschaft wird sich gegen diese Verbrechen und ihre Helfer mit allen Mitteln zu wenden müssen.

Kommunistenjagd in Bayern

München, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Am Samstag mittag wurde in München eine Arbeitsausstellung der SPÖ, die die Ausstellung von einem Kleiderangebot blauer und Kramarkapital aufgeschlagen. Von den etwa 70 Teilnehmern und Gütern wurden 9 auswärtige Genossen, darunter trotz energischem Protest der Reichsregierung angebrachte Hörner verhaftet. Außerdem wurde der Genossen Bösel aus München verhaftet. Sein Transporter der Verhältnisse stammte die Waffe auf der Straße die „Internationale“ an und brachte Hochrufe auf die Kommunistische Partei aus. Bis 6 Uhr abends waren alle Genossen darunter auch Hörner wieder entlassen. Rudi Bösel wird bis zur Stunde angedacht wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt festgehalten.



Ich wußte mich natürlich katogisch gegen dieses Rechtverhältnis. Da erfolgte eine kuriose Unterhaltung zwischen mir und dem Jungen.

"Ich habe Sie für einen Mann der Idee gehalten und glaube nicht, daß Sie lügen können," sagte der Major.

"Ich aber wundere mich, daß Sie solche unentlohenen Aussagen machen können," erwiderte ich.

Der Major wurde verlegen und gab zu Protocoß noch die Worte: „Insofern man nach 11 Jahren jemanden wiedererkennt.“

Das Verhör war zu Ende. Ich begab mich zum Ausgang. Plötzlich bemerkte ich, daß ein dreißigjähriger, hochgewachsener Mann sich in der Richtung der Tür bewegte. Im Nu war in meinem Kopfe ein Plan entstanden. Ich verzögerte die Schritte, so daß ich mit einem Begleiter an der Tür anlangte. Dann legte ich ihm als ersten vorzusagen, daß zur Seite, packte den Griff der Robenklappe und war im Nu auf der Treppe.

In dem Moment trat der Oberst A. in das Kabinett des Untersuchungsrichters. „Ich bin jedoch dem bekannten Polizeistoff deponiert. Lassen Sie ihn sofort festhalten.“ sagte er.

Seien Sie unabköhl, er warct schon,“ war die Antwort.

Ich horchte natürlich nicht mehr die Unterhaltung, die ich noch den Zeitungen liest. Meine Beine trugen mich plötzlich. Ich wollte laufen, aber die Verwirrung riß mir zuviel zu Gehren, um nicht die Aufmerksamkeit auf mich zu lenken. Ich wollte kaum glauben, da ich wieder in Freiheit war. Es war mir leicht und ich fühlte, als ob ich flügel bekommen hätte. Im Kopfe hämmerte der eine Gedanke:

"Vorwärts! Zu den Genossen! Au die Arbeit!"

Künstliche Inseln im Atlantischen Ozean

Ein amerikanischer Ingenieur E. R. Armstrong sucht die Weltmeister Regierung für ein außerordentlich tiefes Projekt zu interessieren. In den Atlantischen Ozean, also zwischen den Vereinigten Staaten und Europa, ein Dutzend künstliche Inseln zu bauen, auf denen die Weltmeister Regierung ohne Zustimmung der Vereinigten Staaten verdeckt kommen.

Die Zeitschrift "Scientific American" gibt über dieses Projekt eine Fortsetzung. Die "Armstrong-Inseln" sollen in Stein und Beton gebaut werden. Jede soll 400 Meter Länge bei 120 Meter Breite erhalten. Die Höhe einer derartigen Insel würde 100 Tonnen Wasser verdrängen, wodurch sie schwimmfähig erhält würde. Es handelt sich eigentlich um ein Monument aus Beton, das bis zu 12 Meter über den Wasserspiegel emporragen soll. Die Hauptattraktion bietet die Insel, bei Küstennaher See vollkommen ruhig zu liegen. Hier soll Armstrong von der Tiefsee aus, das heißt bei des bestreitigen Ozeanen, mit einer verhältnismäßig kleinen Wasserfläche auf-

Die einzige SPÖ.

Vorwährend der Koalitionsregierung des Sozialdemokratischen Partei, den Vorwährenden des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ, abweichen. Die "Röntgen" Jungen ob dieser Tat große Sorgen. Die Regierung behauptet, der Zuhörer sei bei Einigung einig mit dem Erfolg. Die "Arbeitszeitung" schreibt die "Weltzeitung" für das Projekt des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen. Die "Röntgen" Jungen ob dieser Tat große Sorgen. Die Regierung behauptet, der Zuhörer sei bei Einigung einig mit dem Erfolg. Die "Arbeitszeitung" schreibt die "Weltzeitung" für das Projekt des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen.

Zum Abschluß des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen. Die "Röntgen" Jungen ob dieser Tat große Sorgen. Die Regierung behauptet, der Zuhörer sei bei Einigung einig mit dem Erfolg. Die "Arbeitszeitung" schreibt die "Weltzeitung" für das Projekt des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen.

In der Röntgen der Volkszeitung für das Projekt des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen. Die "Röntgen" Jungen ob dieser Tat große Sorgen. Die Regierung behauptet, der Zuhörer sei bei Einigung einig mit dem Erfolg. Die "Arbeitszeitung" schreibt die "Weltzeitung" für das Projekt des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen.

Zu dieser Röntgen der Volkszeitung für das Projekt des Gewerkschaftsverbandes der SPÖ abweichen.

Wenn das geschieht in, was uns vorliegend interessiert wird, wenn müssen wir gesuchen, daß wir im Falle Arzt vom Ministerpräsidenten und den übrigen sozialdemokratischen Mitgliedern unzach getan haben.

Wie wir bestimmt wissen, entspricht die Schauspieler, die die Röntgen in der einstweiligen Röntgen ist mit seinem Einheitskultus erfolgt, nicht der Wahrheit.

Trotz des Röntgenkultes unterstehen aber die "Viertel" vielleicht der Röntgenkult. Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich von dem Gespül nicht irreleiten lassen. Hier muss der Kampf gegen die Röntgenregierung mit aller Energie zur Befreiung bestehen gehen werden.

Eine Ehrengabe für den Genossen Bied

Berlin, 4. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Im vergangenen Landtag verabschiedeten sich gestern Vertreter und Delegierte der verschiedenen Parteiinstitutionen und persönlichen Freunde und Mitlämpfer des Genossen Bied, um jenseit 50 Geburtstag zu feiern. Nach einigen Kostümblättern und dem Vorzug einer wichtigen Gedächtnis durch Erich Weinert überbrachte Goethe Geschicht der Exekutive der Röntgen, die den Gelehrten in einem Telegramm als altbewährten Kampfer betrachtet und die Glückwünsche des Zentralausschusses der SPÖ. Es folgten Worte des Genossen Ernst Bauer, der in einem geschäftlichen Rüttel die Haupttapfer des Kampfes des linken Flügels der deutschen Arbeiterschaft in deren vorderster Reihe seit Jahrzehnten Wilhelm Pieck lobte, scherzte. Unter den vielen Begrüßungstelegrammen und Schreiben wurde besonders das der Genossen Zettler mit großer Begeisterung aufgenommen. Auf allgemeinen Wunsch wurde sich Bied selbst zum Wort melden. Er lehnte das Lob für seine Partei ab. Der einzelne bedeutet nichts ohne die Partei, nur in der Gesamtheit kann und muß der einzelne seine Kräfte entfalten und der Arbeiterkraft zur Verfügung stellen.

Die Katastrophen im Westen

Essen 2. Januar. Nach den Mitteilungen des Landesarbeitsausschusses hat die Zahl der unterbliebenen Arbeitslosen in Westfalen und Lippe im Dezember um 73,6 Prozent gegenüber November zugewonnen und ist damit von 72.000 auf 150.000 Unternehmungsfähiger gestiegen. Der amtlichen Statistik wird die Belastung des Arbeitsmarktes ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe und doch mit einer weiteren erheblichen Verschärfung gerechnet werden müsse. Röntgenarbeitslosen können leider in nahezu voller Umfang nicht in Schwindung.

Massendemonstration der Erwerbslosen in Polen

Die Montagausgabe des "Lotarbeiterzeitung" meldet:

Wie erst jetzt aus Polen berichtet wird, haben dort in der Silvesternacht erhebliche Arbeitslosenmassen konzentriert, stattdessen, die sich angeblich gegen polnische und französische Bevölkerung gerichtet hätten. Bei der Machtlosigkeit der Polen gelang es den Massen, im Geschäftsviertel über 100 große Kaufhäuser zu zerstören und die Ladengassen zu plündern. Das alarmierte Militär wurde erst nach der erfolgten Plünderung eingezogen. 15 Schüsse sollen verwundet und gegen 100 Personen verhaftet worden sein.

gewöhnt wird, während die Wassermassen in über 17 Meter Tiefe völlig überflutet und unbewohnbar bleiben. Daher verläßt Armstrong, die an und für sich durch starke Röntgenstrahlung belasteten Inseln über 17 Meter tief sinken zu lassen, was er mit Hilfe von beladenen Booten erreichen will, die in großer Zahl an dem Anfang der Inseln befestigt würden. Nach Angabe des Technikers würden die künstlichen Inseln dadurch bei jedem Wellenstoß leicht überflutet werden.

Die österreichische Zeitdruck sagt hinzu, daß das Projekt von reichlichen Autoritäten zwar als solide und durchführbar bezeichnet wurde, selber sei es damit noch lange nicht wirtschaftlich und müsse deshalb nur vorläufig unausführbar bleiben.

Schlußwort eines Dichters. Jezekins ist aus Moskau kommt die Nachricht, daß der Sozialistische Dichter Sergey Jezekins in Leningrad Schlußmodus begann hat. Jezekins, ein Röntgenarbeiter, gehörte zu den begabtesten Dichtern des heutigen Russland. Er war wieder Kommunist noch Revolutionär; wie er lebt, läuft, war er der Bohemian, nur Zulzauer feierte großen gesellschaftlichen Spatz. Der Menschen vermutet es so wie dieser „menschliche“ Schriftsteller Käthe zu weinen, um des Röntgen Wehe, Weg und Zug zu verhindern. So wurde Jezekins zu einem der gelehrtesten und gelehrtesten Dichter besonders der kommunistischen Jugend.

Vor einigen Jahren machte der englische Dichter Jezekins von sich reden durch seine Ehe mit der Tänzerin Lydia Diwanow. Die Ehe kam bald wieder auseinander. Eine ähnliche Geschichte wie die Heirat mit der viel älteren Amerikanerin ist der Schlußmodus des noch nicht Dreißigjährigen.

Golf Dean, ein bekannter englischer Bildhauer, fährt nach der Sozialisten, um die portugiesischen Theaterverhältnisse zu studieren. Dem "Portugese Herald" erklärte er, daß er bis zu dieser Studienzeit insbesondere durch die begehrten Schauspielerin Fred Bramley bewogen sei.

Radiaktive Erze am Meer des Weißen Meeres. Der Amerikaner Hermann führt Untersuchungen des unklaren von dem Mineralogen Rahmen im der Weite des Weißen Meeres entdeckten Lagers eines derzeit lebenden Minerals — des Uran-Uran-Eises, durch. Außer den von Rahmen lebenden entdeckten Radiaktivitäten befinden sich das Vorhandensein der Röntgen von Kandolit am Weißen Meer. Untersuchungen eines Gesteins, Spania Palae genannt, entdeckte der Amerikaner große Mengen Uran-Uran-Eises, zugleich mit anderen, wie es sonst verrohnen Minerale. Unter den zahlreichen mineralogischen Gesteinsarten befindet sich der größte Granit der Welt. Die ersten Untersuchungen des unklaren Gesteins, die im nordamerikanischen Laboratorium des Wissenschaften gezeigt wurden, erwiesen, daß es sehr wertvoll bekannter radiaktiven Erze am Stück übertrifft.

Das der Grenzschlaf

Genossenschaften und Arbeitslosigkeit

Von A. Becker

So muß einleitend die traurige Tatsache festgestellt werden, daß die Zeitung des Zentralverbandes der Konsumgenossenschaften in allen Fragen, die den werktätigen Massen auf den Rücken hielten, so auch zur Arbeitslosenfrage bisher geläufigen hat. Das tut ja, trotzdem diese Frage, obgleich von allgemeinen proletarischen Klasseinteressen, auch für die Interessen der Konsumgenossenschaften von großer Bedeutung ist.

Wir wollen uns hier mit der Frage beschäftigen, was die Konsumgenossenschaften als Organisationen des proletarischen Klassenkampfes im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit tun können und tun müssen.

Die erste Forderung, die erhaben werden muß, ist, daß die Genossenschaften endlich damit Schluss machen, sich wie irgend ein kapitalistischer Geschäftsmann abheis zu stellen von den Arbeiten und Räumen der arbeitenden Menschen, die die Mitglieder der Genossenschaften sind. Die Worte der "politischen Neutralität", unter welcher dieses Abschottstellen geschieht, läuft tatsächlich auf eine Unterstützung der kapitalistischen Politik hinaus.

Deshalb müssen die Mitglieder der Genossenschaften überall juchzen, daß in allen Orten und Bezirken Deutschlands die Konsumgenossenschaften gemeinsam mit den Gewerkschaften gegen die Stilllegung der Betriebe, gegen eine weitere Ausdehnung der Arbeitslosigkeit und für die Durchführung des Arbeitsunentlastungskampfes. Dach sie gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür eintreten und dafür die Massen mobilisieren, daß die Steuergebarkeit des Staates wieder den Kapitalisten noch den abgängigen Bürgern in den Nachen geworfen werden. Wenn der Staat Gelber in irgendeiner oder sonstigen Unternehmungen ist — und das geht ja fast alltäglich —, dann darf das nur geschehen in der Form der Staatsbeteiligung und mit Kontrolle der Produktion dieser Betriebe durch die Betriebsräte und Gewerkschaften. Die Genossenschaften müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften einen entscheidenden Kampf einleiten gegen den Großmuth und die damit verbundene Produktionsabstufe der Kartell- und Trusts. Sie müssen eintreten für eine Verstaatlichung der großen Industrie, des Großhandels und der Banken und für eine Zwangsregelung der Produktion mit Produktionsteilen durch die Gewerkschaften und Betriebsräte unter dem Gehaltspunkt des großen Massenbedarfs und der Befestigung der Arbeitslosigkeit.

Dieser Kampf gegen die kapitalistische Anarchie und Ausdehnung, die täglich die Massen in größere Not stürzen, und für ein proletarisches Wirtschaftsprogramm wäre gerade auch eine Aufgabe der Agitation und Aktion der proletarischen Genossenschaften.

Darüber hinaus müssen die Genossenschaften gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine sofortige wirtschaftliche Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für die Verlängerung der Unterstützungszeit und für die Wiedereinführung der Kurzarbeiterrente auslangen können. Dieser Kampf muß so mutig und energisch geführt werden, daß die Bourgeoisie unter dem Druck der geschaffenen Form der gesamten Arbeiterschaft diesen Fortzusetzung unangenehm wird.

Gehen die Konsumgenossenschaften ihren Kampf nicht mit, kleiden sie weiter arbeitslosen, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn das Interesse der breiten Massen an der Genossenschaftsbewegung zurückgeht. Über die Massenbewegung der Arbeiterschaft hat sich jüngst eine solche Entwicklung, im Gesamtteil, so daß sie energetisch bekämpfen und muß deshalb von sich aus alles tun, um die Genossenschaften neben den Gewerkschaften für diesen Kampf zu mobilisieren.

Eine befriedende Aufgabe des Kampfes der Genossenschaften und Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit ist der Kampf für beständige Wirtschaftsbefreiung und gegen den Wohlstättigkeitscharakter, den die Bourgeoisie der Erwerbslosenunterstützung gibt. Die Konsumgenossenschaften müssen sich besonders dafür einzutragen, daß den Erwerbslosen auch Nahrung, notwendige Kleidung, und Lebensmittel geliefert werden, die sie sich mit ihrer Erwerbslosenunterstützung nicht oder nicht genügend beschaffen können. Sie müssen insbesondere auch dafür kämpfen, daß die Verteilung dieser Unterstützungen durch die Genossenschaften gestoppt. Das muß beim Staat und den Kommunen durchgesetzt werden. Die Fraktionen in den Kommunen müssen veranlaßt werden, ebenfalls darum zu kämpfen.

Hier befindet sich ein Tätigkeitsfeld, auf dem nicht nur Erfolge gegen die Arbeitslosigkeit erzielt werden können, sondern auch eine Besserung und Ausweitung des Gedankens und der Agitation der Konsumgenossenschaften in den breitesten Massen.

Die Aufgabe aller Erwerbslosen, aller Mitglieder der Genossenschaften und insbesondere auch der Frauen ist es, in den Betriebsräten und Genossenschaftsversammlungen zu fordern, daß auf die Genossenschaften im oben dargelegten Sinne in den Kampf der Erwerbslosen einzutreten. Wir wissen, daß sich die Verantwortliche und benötigt wirtschaftlich eingesetzte Genossenschaftsbürokratie dagegen dagegen wird, aus der oben bereits dargestellten Einstellung heraus. Damit müssen wir und auch die Frauen rechnen und deshalb für die Forderungen so energisch einzutreten, daß in allen Orten die Leistungen der Genossenschaften wie der Gewerkschaften unter dem Druck der Massen gestoppt werden. Das ist der Weg zur Wiederherstellung der Kompetenzfähigkeit der Arbeiterschaft, wobei auch in die Genossenschaftsbewegung wieder Leben und proletarischer Geist kommen würde.

Ertrag der Opposition im DMW. Chemnitz

Am 20. Dezember stand in Chemnitz die Generalversammlung des DMW. Laut, in der die Ortsverwaltung zur Rechenschaft. Mit schwacher Majorität wurde ein Entzug der Opposition, auch für die beladenen Ortsverwaltungsmitglieder die Verhältniswahl zugelassen, abgelehnt.

Bei der darauffolgenden Wahl der unbefeuerten Ortsverwaltung erhielt die Liste der Rekonstruktion 20 Stimmen und 12 Sitz und die Liste der Opposition 13 Stimmen und 3 Sitze im Gegenzug zu 2 Sitzen im Vorjahr. Der Vorstand, den die Opposition zu verzeichnen hat, ist auf vorbildliche Arbeit unserer Chemnitzer Genossen, die sie im Interesse des Verbundes in den Betrieben geleistet haben, zurückzuführen. Dieser Erfolg muß alle Genossen anspornen, ihre ganze Kraft der Gewerkschaftsarbeit zu widmen.

Erwerbslosenversammlung des DMW.

Die erwerbslosen Metallarbeiter für freigewerkschaftliche Erwerbslosenrente.

Die in der letzten Gewerkschaftsversammlung gewählte Kommission der erwerbslosen Metallarbeiter habe für Dienstag, den 22. Dezember, zu einer Versammlung aufgerufen. Etwa 150 bis 200 Mitglieder waren dem Aufrufe gefolgt. Ein außerordentlich schlechter Schwund, der im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, daß auf dem Einladungsschreiben ein Versammlungsthema über haupt nicht angegeben war. Zu Beginn der Versammlung gab der Kollege Schmidt bekannt, daß zu Punkt 1 der Stadtverordnete Vinkler über Arbeitserwerbstafel sprechen werde. Die Ausführungen des Referenten werden leider nicht das Interesse des Anwesenden Kollegen Joland besaßen in der Diskussion, daß ein derartiges Thema nicht geeignet ist, vor den Erwerbslosen behandelt zu werden, da deren Ausmerksamkeit auf andere, nötwendigere Dinge gerichtet sei. Nach der Beantwortung einiger gestellter Fragen erledigte sich Punkt 1 der Tagesordnung, da eine Diskussion im eigentlichen Sinne von der Versammlungsleitung nicht zugelassen wurde. Es war deshalb auch zwecklos, unsre Stellung zu dem Thema in der Versammlung zum Ausdruck zu bringen. Unter dem Punkt 2, Erwerbslosenangelegenheiten, behandelte Kollege Schmidt das Unterhaltungswesentliche der Erwerbslosenfürsorge bei Vollbeschäftigung. In der Diskussion sprach ein Mitglied der jetzt bestehenden Erwerbslosenkommission der erwerbslosen Metallarbeiter und erklärte, daß die bisher bestehende Kommission ein unzulässiger Zustand sei, da sie tatsächlich in der Luft hänge. Sie hätte weder Verbindung mit den erwerbslosen Kollegen, noch irgendwelche Rechte im Ortsausschuß. Dieser Zustand müsse auf schnellstem Wege beendet werden, indem man dazu übergehe, einen Erwerbslosenrat zu wählen, dem nur Mitglieder des Verbands angehören lassen. Er betonte das weiteren, daß es notwendig sei, auf das Ortsamt einen Druck auszuüben, damit es zu den einstimmig angenommenen Anträgen der Erwerbslosenversammlung des DMW eine andere Einstellung eintrete. Mit der Schaffung und Interessengleichheit des Kartellsvorstandes müsse aufgezählt werden. Darauf wurde ein Antrag, der erneut die Bildung eines freigewerkschaftlichen Erwerbslosenrates verlangt, einstimmig angenommen. Desgleichen eine Aufforderung an das Gewerkschaftsrat zur Einberufung einer Erwerbslosenversammlung für sämtliche erwerbslosen Mitglieder der dem Kartell angehörigen Verbände. Der gleiche Antragsteller bemerkte des Weiteren, daß man an die Erwerbslosenfürsorge herantreten müsse, um die Abstempelung der grünen Karten an dem Tage, an dem eine Versammlung der gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen stattfindet, am Eingang des betreffenden Versammlungsortes einzufordern. Trotz den Versuchen des Kollegen Schmidt, diese Anträge auszuweichen, war die Einstellung der Versammlung einstimmig. Einige Diskussionsreferenten sprachen im Sinne der Anträge. Ein weiterer Antrag, der verlangt, daß in der nächsten Versammlung die Steuerabnahme der Gewerkschaften zur Abfindung der Fürsten in Verbindung mit der Erwerbslosenfürsorge behandelt werden solle und mit diesem Thema gleichzeitig ein größeres Interesse geweckt werden solle, wurde vom Kollegen Schmidt damit erledigt, indem er erklärte, man hätte zu diesem Thema keinen Referenten zur Verfügung. (1) Der Kollege Joland glaubte bemerken zu müssen, daß dieses Thema nur deshalb gewählt wurde, um parteipolitisches Gewicht in die Versammlung hineinzutragen. Kollege Sindermann entwirte dem Kollegen Schmidt, daß es ebenso gut möglich sei, zu dem vorgeschlagenen Thema einen Referenten zu gewinnen. Kollege Schmidt sei ja sonst nicht verlegen, einen Referenten zu beschaffen, wann es gilt, einen Berater des SPD-Arbeiterwohlfahrtspolitik sprechen zu lassen. Dem Kollegen Joland erklärte er, daß die Einstellung eines jeden Gewerkschaftlers zu der Frage der Fürstenabfindung nur eine einheitliche sein könnte und in der Förderung auf entzündungsfähige Abfindung aller ehemaligen Arbeitnehmer zum Ausdruck kommen müsse. Die bisher abgesetzten Anträge, sowohl als auch die von der Versammlung beschlossenen, werden in den nächsten Versammlungen erneut zur Diskussion stehen, da bisher von der Verbandsleitung noch nichts getan worden ist, die angenommenen Anträge durchzuführen. Durch energisches Drängen der arbeitenden und der erwerbslosen Mitglieder des DMW und im beharrlichen Festhalten an den beschlossenen Anträgen wird es möglich sein, den Widerstand der Verbandsleitung zu brechen. Darauf mitzuarbeiten, ist die Aufgabe eines jeden erwerbslosen Gewerkschaftlers.

Zum Lohnkampf der Eisenbahner

Berlin. Der erweiterte Vorstand des Einheitsverbandes der Eisenbahner wird in der ersten Woche des neuen Jahres zu dem Schiedsgerichtspruch Stellung nehmen. Die Hauptversammlung der Reichsbahngeellschaft sieht rechts, daß sie, falls es zur Durchführung des Schiedspruches kommt, sollte, infolge des außerordentlich anhängigen Status der Reichsbahn Mittel und Wege finden müsse, um die Reibedienstung auf irgendeine Weise zu regulieren.

Phänomen-Werk Zittau

(Arbeiterkorrespondenz)

Entlassungen. Kurzarbeit, Lohnabbau, sozialistische, hohe Geldstrafen für Arbeiter sind wohl heute keine selige Erziehung mehr. Man kann wohl sagen, es gehört zum Leben des Proleten. Genau wie jede andere Firma führt die Direktion des Phänomen-Werke einen Hunger- und Ausbeutungsfeldzug schlimmster Art gegen ihre Arbeiterschaft. Zustände, welche fast jedes Formen annehmen, man möchte glauben, daß sie den Höchstpunkts erreicht haben, werden wohl monden sonst gleichgültigen Kollegen zum Nachdenken über seine traurige Lage veranlassen. Die meisten Arbeitenden arbeiten kurz, nachdem sie nur zwischen 8½ bis 10 Stunden geschwifft werden müsse, um den Verdiensthalter des Ausbeuters zu füttern. Dieses erscheint wohl der Gesellschaft noch zu human, sie führt deshalb fort mit einem weiteren verschärften Abstdopppabahn. Um schweren Betrieb des norddeutschen Antreiberschaften die Fahrabwicklung, wo die Preise bis zu 100 Prozent reduziert wurden. Damit aber noch nicht genug. Vor kurzem erhielt ein Kollege in der Dreherei eine neue Arbeit, welche bisher noch nicht gemacht worden war. Darauf holte er einen Preis, bei dem er 10 Stunden Defizit hatte. Als er es beim Meister meldete, erhielt er eine neue Altkordkarte. Auf derselben stand die Zeit (10 Stunden) „ohne Bezahlung“. 10 Prozent Dividende sind für die Aktiönen noch zu wenig. Die Arbeiter sollen möglichst umsonst arbeiten, damit das Doppelte herauspringt. Bei dieser schlechten Entlohnung wird noch jede Gelegenheit benutzt, um den Proleten das weniger noch durch Geldstrafen zu kürzen. Etwa von 1. März bis 3. März sind hier die Tarife. Jeder geschwappte Klammer 3 Mark Strafe (zweizigzig Zigaretten). In einem Weihnachtsgeschenk liegt es die ohne immer noble Firma nicht fehlen. In der am 22. Dezember stattgefundenen Betriebsversammlung konnte die Belegschaft durch den Schiedsrichter das Gehalt entsprechend erhöhen.

24. Dezember 1925 bis 1. Januar 1926 wird der ganze Betrieb stillgelegt und ein heiliger Markt werden 5 Kollegen nach besonders bedient; sie erhalten ihre Entlassungspapiere. Als der Arbeiterrat mit dieser Angelegenheit bei der Direktion vorstellte, erklärte diese, „es seien ein bogen Freude da, man weiß gar nicht, was sie kosten und was sie alle machen.“ Die höheren Betriebsaufgaben könnten nicht mehr getragen werden. Damit war die Angelegenheit für diese Proletarbeiter erledigt. Der Kollege Schäfer (AKD) gab eine kurze Übersicht über das Ablaufen des Lohn- und Mantelarbeits, sowie die fast untagbare Wirtschaftslage der Proleten. Spannend und mit verdrehter Gesichter folgten die Arbeiter seinen Aussführungen. Seine Worte waren ihr jeden leicht verständlich. Kollegen! Wollen wir diese Proletarbeiter und dieses Elend leben noch weiter ertragen? Nein! Wir müssen geschlossen den Kampf unter der roten Kompanie aufnehmen, dann wird der Sieg sicher sein!

Not macht erfunderisch — oder ein Mittel gegen Lohnabbau und Arbeitslosigkeit

Der Wirtschaftsredakteur der sozialdemokratischen Presse "Weltwoche" beschäftigt sich mit der Arbeitslosigkeit und bewußt einen Artikel eines Regierungsrats aus dem Reichsarbeitsamt um neue Mittel und Wege zu zeigen, wie dem Lohnabbau und der Arbeitslosigkeit begegnet werden kann. Der edle Regierungsrat aus dem Reichsarbeitsministerium berichtet nämlich die Ausfallziffern aus dem Geburtenverlust während des Krieges und stellt darnach fest, daß in den Jahren 1932-1937 der Ausfall an Arbeitslosen sehr groß sein wird; es werden etwa 2 Millionen Bollerarbeiter fehlen. Die "Weltwoche" schreibt dazu:

"Wenn die Abjugationen die Wirkungen des Arbeitersmanns nicht zum Teil ausgleichen, so kann die Naherziehung und die politische Kraftentfaltung der Arbeiterschaft durch den Einsatz des Arbeitersmangs eine günstige Wendung nehmen."

Wirklich, pendant! Weil die Männer des Krieges nicht bei ihren regulären Ehefrauen sein können und deshalb ihre ehelichen Pflichten nicht erfüllen könnten, wird — 1937 der Lohn steigen. Solche nicht weiterhin zu empfehlen sein, daß die Arbeiterschaft geschlossen entlastet lebt, weniger Kinder macht und damit ihren Lohn steigt?

Massenentlassungen bei Hoechst

Wie von der Verwaltung des Eisen- und Stahlwerks Hochst-Gitterfeldshof in Dortmund bestätigt wird, ist infolge schlechter Absatzmöglichkeiten etwa 1500 Arbeitere am 15. Januar gekündigt worden. Es handelt sich hierbei um Teile der Belegschaft der Kohlenbergwerke Kaiserstuhl I und II. Die Belegschaft dieser beiden Jochen beträgt zurzeit etwa 7000 Arbeitere. Die in Aussicht genommenen Entlassungen werden sich auch auf Beamte und Angestellte erstrecken.

Achtung Genossen! Parteitag der KPD.

Infolge technischer Schwierigkeiten konnten wir bisher noch nicht zu dem Parteitag der KPD Stellung nehmen. Wir beginnen nun ab morgen mit dem Abdruck der Berichte über den Parteitag unserer russischen Bruderpartei. Wir ersuchen unsere Parteigenossen, um eingehendes Studium dieses außerordentlich interessanten und wichtigen Materials.

Letzte Telegramme

Eisenbahnnunglück in Paris

Berlin, 4. Januar. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, sind auf einer Station der Pariser Ringbahn zwei Lokomotiven zusammengefahren, auf die dann ein Personenzug auffuhr. 18 Reisende wurden verletzt, 2 schwer.

Zusammenstoß an der litauisch-polnischen Grenze

Wilhelmshaven, 3. Januar. (Telefon.) An der polnisch-litauischen Grenze kam es in den letzten Tagen zu vereinzelten Zusammenstößen zwischen litauischen Freischärerabteilungen und der polnischen Grenzpolizei, wobei die Freischärler zahlreiche Verluste erlitten. Die Lage in den polnisch-litauischen Grenzbezirken hat sich infolgedessen verschärft.

Russische Freischärertruppen in Syrien

Algeria, 3. Januar. Die französische Regierung hat nach Seriens Kavallerieattacken der Fremdenlegion gelandet, die zum größten Teil aus russischen Kosaken gebildet wird. Diese Kosakentruppen stellen die Reiterei der Denitsch- und Wrangel-Kavallerie dar.

Verhaftung litauischer Kommunisten

Aus Palermo wird berichtet, daß 13 Kommunisten, welche die Neubildung der Kommunistischen Partei in Sizilien und Kalabrien (?) durchführen wollten, in Palermo verhaftet wurden, als sie eine Versammlung abhielten.

Bombenattentat auf den Schah von Persien?

London, 4. Januar. (Telefon.) Wie Exchange Telegram aus Bagdad meldet, soll nach einem Telegramm aus Persien auf den neuen Schah von Perse Kizza Khan ein Bombenattentat verübt werden sein. Dem Schah sollen beide Hände abgerissen werden.

Kündigung des persischen Außenministers

Berlin, 4. Januar. Wie die Morgenblätter aus Teheran melden, hat der Außenminister Mohtor el Molk seinen Rücktritt erkläre.

Militärdiktatur in Griechenland

Berlin, 4. Januar. Die Montagpost meldet aus Athen: Ministerpräsident Panagos proklamierte gestern nachmittag in Athen mit Zustimmung des Heeres die Diktatur. Vor der aumarschierten Militärparade hielt Panagos eine Rede, in der er verkündete, daß der Parlamentarismus eine Niederlage erlitten habe und daß die Zusammenarbeit in Griechenland auf die Basis Venizelos nach Athen im Jahre 1920 und auf die von ihm bewirkten Wahlen zurückzuführen sei.

General Junius tritt zurück

Berlin, 4. Januar. Wie die Montagpost aus Sofia meldet, in das Addinet Banoff zurückgetreten. Der Demokrat Banoff wurde mit der Nachgeburtbildung beauftragt.

